

**Niederschrift**  
**22. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 14.11.2013
<b>Sitzungsbeginn:</b>	19:52 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:50 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadtallendorf, Bahnhofstraße 2, Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung,

---

**Gesetzl. Mitgliederzahl:** 37

**Stimmberechtigt anwesend:** **bis TOP 7:** 36 (17 CDU, 11 SPD, 4 B90/GRÜNE, 2 FDP, 2 REP)  
**ab TOP 8:** 36 (16 CDU, 12 SPD, 4 B90/GRÜNE, 2 FDP, 2 REP)

**Anwesend sind:**

**Stadtverordnetenvorsteher:**

Herr Hans-Georg Lang

**Stadtverordnete/r:**

Herr Hans-Jürgen Back

Herr Markus Becker

Herr Jürgen Behler

Herr Jürgen Berkei

Herr Frank Bonacker

Herr Michael Dickhaut

Herr Frank Drescher

Herr Thomas Dziuba

Herr Dieter Erber

Herr Michael Feldpausch

Herr Fabian Gies

Herr Michael Goetz

Frau Andrea Grigat-Thierau

Frau Dr. Uta Gruß

Herr Philipp Hesse

Herr Werner Hesse

Herr Frank Hille

Frau Annemarie Hühn

Herr Reinhard Kauk

Herr Stephan Klenner

Herr Winand Koch

Herr Gerhard Kroll  
Frau Maria März (bis TOP 7)  
Herr Jochen Metz  
Frau Carla Mönninger-Botthof  
Frau Handan Özgüven (ab TOP 8 - 20:25 Uhr)  
Frau Ulrike Quirnbach  
Herr Stefan Rhein  
Herr Nils Runge  
Herr Klaus Ryborsch  
Herr Wolfgang Salzer  
Frau Ilona Schaub  
Frau Hannelore Schneider  
Herr Manfred Thierau  
Herr Bernd Waldheim  
Herr Friedhelm Wieber

**Magistrat:**

Herr Christian Somogyi  
Herr Ludwig Bachhuber  
Herr Otmar Bonacker  
Herr Robert Botthof  
Herr Helmut Hahn  
Herr Bernt Klapper  
Frau Olga Schmitt  
Herr Bernd Zink

**Ortsvorsteher:**

Herr Adolf Fleischhauer  
Herr Hartmuth Koch  
Herr Armin Naumann  
Herr Helmut Schütz

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Karl-Heinz Digula (Stadtrat)

**Schriftführer:**

Breitenstein, Jürgen Dipl. Verw. FH

/ Die Anwesenheitsliste wird Bestandteil des Original-Protokolls.

**Tagesordnung:**

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 **Fragestunde**
  - 2.1 Anfrage gem. § 23 a der GO der Frau Stv. Handan Özgüven (SPD) vom 05.11.2013 (eingegangen am 05.11.2013); betr. Eröffnung eines Wettbüros in der Niederkleiner Straße 40  
Antrag: 23a/0298/2013

- 2.2 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Thomas Dziuba (CDU-Fraktion) vom 29.10.2013 (eingegangen am 07.11.2013); betr. Baumarkt in Stadtallendorf  
Antrag: 23a/0299/2013

**TOP      Beschlüsse**

- 3      Klimaschutzteilkonzept für die kommunalen Liegenschaften von Stadtallendorf, Energetische Untersuchung kommunaler Nichtwohngebäude  
Vorlage: FB4/2013/0082
- 4      Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Stadtallendorf  
Satzungen über Ehrungen der Stadt Stadtallendorf vom 06.06.1997  
Vorlage: FB1/2013/0089
- 5      1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Stadtallendorf über die finanzielle Förderung des Erwerbs von Grundstücken zur selbstgenutzten Wohnbebauung und von Immobilien zur eigenen Wohnnutzung  
Vorlage: FB3/2013/0021
- 6      Verlängerung des Vertrages über das Box- und Sportcamp Stadtallendorf mit dem Internationalen Bund (IB) - Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V. (Marburg)  
Vorlage: FB3/2013/0020

**TOP      Anträge gem. § 14 GO**

- 7      Möglichkeiten für Mountainbiker; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 11.06.2013 (eingegangen am 11.06.2013)  
Vorlage: CDU/2013/0004
- 8      Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 22.08.2013 (eingegangen am 23.08.2013)  
Vorlage: CDU/2013/0006
- 9      Leerrohre bei Straßenbauvorhaben; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 28.10.2013 (eingegangen am 28.10.2013)  
Vorlage: CDU/2013/0007
- 10     Erwerb von Anteilen der E.ON-Mitte; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 29.10.2013 (eingegangen am 29.10.2013)  
Vorlage: SPD/2013/0005

**TOP      Anfragen gem. § 23 b GO**

- 11     Feld-, Wirtschafts- und Radwege; Anfrage gem. § 23 b der GO der FDP-Fraktion vom 27.08.2013 (eingegangen am 27.08.2013)  
Antrag: 23b/0291/2013
- 12     Mitteilungen
- 13     Verschiedenes

## Inhalt der Verhandlungen:

### **TOP 1 Eröffnung und Begrüßung**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, des Magistrats, an der Spitze Herr Bürgermeister Somogyi, die anwesenden Ortsvorsteher, den Vertreter der Presse sowie die Zuschauer.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang stellt die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. Er stellt ferner fest, dass die Einladung form- und fristgerecht ergangen ist.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang teilt mit, dass der TOP 3 „Klimaschutzteilkonzept für die kommunalen Liegenschaften von Stadtallendorf, Energetische Untersuchung kommunaler Nichtwohngebäude“ abgesetzt und auf die Tagesordnung zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11.12.2013 verschoben werde.

Der TOP 4 „Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Stadtallendorf“ wird nach Abstimmung im Ältestenrat von der Tagesordnung genommen.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

### **TOP 2 Fragestunde**

Es liegen zwei Anfragen gem. § 23 a der GO vor, die von Herrn Bürgermeister Somogyi beantwortet werden.

#### **TOP 2.1 Anfrage gem. § 23 a der GO der Frau Stv. Handan Özgüven (SPD) vom 05.11.2013 (eingegangen am 05.11.2013); betr. Eröffnung eines Wettbüros in der Niederkleiner Straße 40 Antrag: 23a/0298/2013**

Herr Bürgermeister Somogyi beantwortet die Anfrage. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

**Beratungsergebnis:** Zur Kenntnis genommen

#### **TOP 2.2 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Thomas Dziuba (CDU-Fraktion) vom 29.10.2013 (eingegangen am 07.11.2013); betr. Baumarkt in Stadtallendorf Antrag: 23a/0299/2013**

Herr Bürgermeister Somogyi beantwortet die Anfrage. Zusatzfragen ergeben sich nicht.

**Beratungsergebnis:** Zur Kenntnis genommen

**TOP**      **Beschlüsse**

**TOP 3**      **Klimaschutzteilkonzept für die kommunalen Liegenschaften von  
Stadtallendorf,  
Energetische Untersuchung kommunaler Nichtwohngebäude  
Vorlage: FB4/2013/0082**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft, 07.11.2013  
**Abstimmungsergebnis: zurückgestellt**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von der heutigen Tagesordnung genommen und wird in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11.12.2013 behandelt werden.

**Beratungsergebnis:**                      zurückgestellt

**TOP 4**      **Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Stadtallendorf  
Satzungen über Ehrungen der Stadt Stadtallendorf vom 06.06.1997  
Vorlage: FB1/2013/0089**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen, 12.11.2013

Die Vorlage wurde im FA I von der Tagesordnung genommen.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde ebenfalls zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung genommen.

**Beratungsergebnis:**                      zurückgezogen

**TOP 5**      **1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Stadtallendorf über die  
finanzielle Förderung des Erwerbs von Grundstücken zur selbstgenutzten  
Wohnbebauung und von Immobilien zur eigenen Wohnnutzung  
Vorlage: FB3/2013/0021**

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit, Soziales und Kultur, 05.11.2013  
**Abstimmungsergebnis: 13 Ja**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen, 12.11.2013  
**Abstimmungsergebnis: 13 Ja**

Zur Thematik spricht Herr Stv. Hille (CDU) und geht hierbei noch einmal auf die Bedeutung und Entwicklung dieser Satzung, die im Jahre 2008 in Kraft getreten war, ein. Intention sei es nicht zuletzt gewesen, Anreize für Menschen, die sich in Stadtallendorf niederlassen wollten, zu schaffen und unsere Stadt insbesondere für junge Familien attraktiver zu machen.

Zur Sache spricht weiter Frau Stv. Mönninger-Botthof (SPD) und geht hierbei auf ihren Vorredner ein. Auch sie unterstützt diese Satzung und betont hierbei, dass dadurch auch Planungssicherheit für Familien, die sich hier in Stadtallendorf niederlassen wollten, gegeben sei.

Abschließend spricht Herr Stv. Goetz (B90/GRÜNE) zu der Thematik. Er schließt sich den Ausführungen seiner Vorredner an und signalisiert ebenfalls Zustimmung zu der Vorlage.

**Beschluss:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte 1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Stadtallendorf über die finanzielle Förderung des Erwerbs von Grundstücken zur selbstgenutzten Wohnbebauung und von Immobilien zur eigenen Wohnnutzung über die Abänderung der Einkommensgrenzen.
2. Die Verwaltung wird für Anträge, für die in dem jeweilig laufenden Haushaltsjahr keine ausreichenden Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, Mittel im darauffolgenden Haushaltsjahr anmelden.
3. Für Immobilien und Wohnungen, die in den Jahren 2011 und 2012 bezugsfertig waren, werden im Nachhinein keine Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig dafür

**TOP 6 Verlängerung des Vertrages über das Box- und Sportcamp Stadtallendorf mit dem Internationalen Bund (IB) - Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V. (Marburg)  
Vorlage: FB3/2013/0020**

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit, Soziales und Kultur, 05.11.2013

**Abstimmungsergebnis: 13 Ja**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang verliest den veränderten Punkt 3 zu dieser Vorlage, die im Fachausschuss II beschlossen wurde.

Der Beschlussvorschlag der Vorlage wurde im FA II wie folgt geändert beschlossen:

3. Der Magistrat informiert zeitgerecht vor dem 31.08.2014 über den aktuellen Sachstand und schlägt der Stadtverordnetenversammlung gegebenenfalls Handlungen alternativ zur Entscheidung vor.

Herr Stv. Hille (CDU) berichtet aus der Sitzung des Fachausschusses; er betont, man habe sich von der guten Arbeit vor Ort überzeugen können. Er signalisiert Zustimmung zu der veränderten Vorlage.

Herr Stv. Thierau (REP) zieht den Änderungsantrag seiner Fraktion wegen Erledigung zurück. Er signalisiert Zustimmung zum Änderungsantrag.

Herr Stv. Philipp Hesse (SPD) begrüßt die Vorlage des Bürgermeisters und signalisiert ebenfalls Zustimmung seiner Fraktion.

Herr Stv. Goetz (B90/GRÜNE) betont, dass es sich bei dem Boxcamp um eine sinnvolle Einrichtung handele. Er signalisiert ebenfalls Zustimmung seiner Fraktion.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, wird über die geänderte Vorlage abgestimmt.

### **Beschluss:**

1. Der Magistrat beschließt, den Internationalen Bund (IB)- Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V. (Marburg)- mit der weiteren Betreuung und Durchführung des Box- und Sportcamps Stadtallendorf vom 1.1.2014 bis zum 31.08.2014 zu beauftragen. Die Kosten für diesen Zeitraum in Höhe von 29.828 €, sind von der Stadt Stadtallendorf alleine zu tragen.
2. Sollte bis zu diesem Zeitpunkt die Zusage bezüglich einer 50% Bezuschussung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für einen Zeitraum von 3 Jahren erfolgen, beteiligt sich die Stadt für den bewilligten Zeitraum dieses Zuschusses für das Sport- und Boxcamp ebenfalls mit 50% an den Kosten.

Diese betragen für die Stadt Stadtallendorf für die Zeit vom 01.09. -31.12 2014 8.689,88€, für das Jahr 2015 24.252,60€ für 2016 24.278,72 und für 2017 (der Förderzeitraum für Projekt endet im August 2017) 15.893,88 €.

3. **Der Magistrat informiert zeitgerecht vor dem 31.08.2014 über den aktuellen Sachstand und schlägt der Stadtverordnetenversammlung gegebenenfalls Handlungen alternativ zur Entscheidung vor.**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig dafür

**TOP Anträge gem. § 14 GO**

**TOP 7 Möglichkeiten für Mountainbiker; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 11.06.2013 (eingegangen am 11.06.2013)**

**Vorlage: CDU/2013/0004**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft, 20.06.2013

**Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen .**

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit, Soziales und Kultur, 05.11.2013

**Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen**

Herr Stv. Gies (CDU) begründet den Ursprungsantrag. Er hebt hervor, dass durch die Schaffung von Möglichkeiten für Mountainbiker die Attraktivität der Stadt gesteigert werden könne.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Runge (SPD) und geht hierbei ebenfalls auf den Ursprungsantrag und auf die Neufassung des Antrags ein. Er begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion. Er betont hierbei, man werde punktuelle

Abstimmung zum vorliegenden Antrag beantragen, falls der Antrag seiner Fraktion keine Mehrheit finden sollte.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Koch (FDP) und verweist in diesem Zusammenhang auf die Anfrage seiner Fraktion zu dem Zustand der Feld-, Wirtschafts- und Radwege. Er signalisiert Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag.

Zur Sache spricht Herr Stv. Goetz (B90/GRÜNE) und fragt nach, ob die CDU-Fraktion den Änderungsantrag der SPD-Fraktion übernehmen werde. Er signalisiert Zustimmung zum vorliegenden CDU-Antrag.

Herr Stv. Klenner (CDU) erklärt, dass man dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmen werde.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang erläutert die Verfahrensweise und lässt somit über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen:

### **Antragstext Änderungsantrag**

1. Der Punkt 2. des Antrags erhält folgende Fassung: „2. Der Magistrat wird zudem beauftragt, gemeinsam mit den Waldbesitzerinnen / Waldbesitzern und Hessen Forst unter Einbeziehung der Interessenverbände der Mountainbiker (z. B. ADFC) zu prüfen, im Umfeld des Trimm-Dich-Pfades oder auch auf anderen geeigneten Flächen in Stadtallendorf gekennzeichnete Strecken für Mountainbiker auszuweisen.“
2. Die Punkte 3. und 4. des Ursprungsantrags entfallen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig dafür

## **TOP 8 Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 22.08.2013 (eingegangen am 23.08.2013)**

**Vorlage: CDU/2013/0006**

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit, Soziales und Kultur, 05.11.2013

**Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen .**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen, 12.11.2013

**Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen .**

Herr Stv. Klenner (CDU) begründet den Antrag für seine Fraktion und stellt hierbei drei für seine Fraktion wesentliche Punkte heraus:

- Der Vertreibung von ca. 12. Mio. Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg sollte gedacht werden.
- Die Entwicklung Stadtallendorfs vom Dorf zur Industriestadt sei maßgeblich durch die Heimatvertriebenen begründet gewesen.



- Er verweist weiter auf die aktuelle Flüchtlingssituation, die durch kriegerische Konflikte Menschen zur Flucht zwingen.

In seinen weiteren Ausführungen geht er auf die Aktivitäten in der Nachbarstadt Neustadt ein, wobei es dem dortigen Bürgermeister immer wieder gelinge, für historische Gedenktage namhafte Referenten zu gewinnen.

Er bittet um Zustimmung für den vorliegenden Antrag.

Herr Stv. Koch (FDP) spricht zur Thematik und geht hierbei auf seinen Vorredner ein. Er gibt zu bedenken, dass solche Gedenktage schnell zu einem Ritual werden und das Interesse in der Öffentlichkeit abnehmen könne. Daher sei es eine wichtige Aufgabe, dies aktuell und zukunftsorientiert zu gestalten. Auch er halte es für wichtig und sinnvoll, dass auch und gerade in den Schulen an Flucht und Vertreibung erinnert werden müsse. Es sei auch wichtig, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die Ursachen, die zu Flucht und Vertreibung führten, verhindert werden könnten. Er halte daher den vorliegenden Antrag für sinnvoll und signalisiert Zustimmung seiner Fraktion.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Salzer (SPD). Er betont in seinen Ausführungen zum einen, dass der Gedenktag Jahrzehnte zu spät komme. Zum anderen sehe seine Fraktion keinen Grund für eine Alibiveranstaltung. Er selbst stehe noch unter dem Eindruck des Verlustes seiner Heimat und bezeichnete Flucht und Vertreibung in der Zeit von 1944 bis 1948 als eine der größten ethnischen Säuberungen der Geschichte. Er geht hierbei auch auf die historischen Ereignisse ein. Weiter betont er, dass die Thematik nicht in die Stadtverordnetenversammlung gehöre, sondern das Gremium solle sich auf kommunale Themen konzentrieren. Aus diesem Grunde sehe er hier keinen Handlungsbedarf und signalisiert Ablehnung seiner Fraktion.

Herr Stv. Feldpausch (B90/GRÜNE) erklärt, dass er mit dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion betr. der Modifizierung im Hinblick auf „... begrüßt die Entscheidung der Hessischen Landesregierung...“ gesprochen habe. Zu Punkt 2 des Antrags signalisiert er Zustimmung. Er beantragt punktuelle Abstimmung zum vorliegenden Antrag. Er geht hierbei auf die Historie ein und betont, dass man bereits im Jahre 2004 von Seiten der hessischen und der bayrischen Landesregierung die Einrichtung eines nationalen Gedenktages beim Bundespräsidenten eingereicht habe. In seinen Ausführungen hebt er hervor, dass die Einrichtung eines solchen Gedenktages vor Ort mit Leben gefüllt werden müsse. Dies könne nicht durch eine Landesregierung vorgegeben werden.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Thierau (REP) und erklärt, dass es dem Antragsteller wohl darum gehe, dass die damalige Vertreibung von 10 Mio. Menschen niemals in Vergessenheit geraten solle. Er signalisiert Zustimmung zum vorliegenden CDU-Antrag.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Koch (FDP) und betont hierbei die Wichtigkeit des Geschehenen, das nicht vergessen werden dürfe und auch bedeutsam sei für künftige Generationen. Daher stimme er dem vorliegenden Antrag zu.

Es folgt punktuelle Abstimmung:

### **Antragstext:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Entscheidung der Hessischen Landesregierung, ab 2014 einen landesweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation einzuführen. Dieser Gedenktag wird laut Beschluss der Landesregierung ab 2014 jährlich am zweiten Sonntag im September stattfinden.

**Abstimmungsergebnis:** 20 dafür (CDU, FDP, REP)  
16 dagegen (SPD, B90/GRÜNE)

2. Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf und den unterschiedlichen Verbänden der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in Stadtallendorf und im Landkreis ein Konzept zu entwickeln, diesen Gedenktag ab 2014 in angemessener Weise in Stadtallendorf auch von städtischer Seite zu begehen.

**Abstimmungsergebnis:** 24 dafür (CDU, B90/GRÜNE, FDP, REP)  
12 dagegen (SPD)

Somit ist der vorliegende Antrag angenommen.

**TOP 9    Leerrohre bei Straßenbauvorhaben; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 28.10.2013 (eingegangen am 28.10.2013)  
Vorlage: CDU/2013/0007**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft, 07.11.2013

**Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen .**

Herr Stv. Dziuba (CDU) begründet den Antrag für seine Fraktion und betont die Wichtigkeit bei dem Ausbau und der Versorgung mit einem schnellen Internet. Aus Sicht seiner Fraktion könne die Verlegung von Leerrohren bei gewissen Baumaßnahmen eine wichtige Hilfe sein, um schnelle Internetleitungen bis zum Endkunden zu verlegen; hierbei könne man auch Kosten sparen und sollte daher bei künftigen städtischen Straßenbauvorhaben dies mit einplanen.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Behler (SPD). Auch er spricht sich für einen flächendeckenden Ausbau des Breitbandes aus; es geht auf die Ausführungen seines Vorredners und auf den Inhalt des CDU-Antrages ein. In seinen Ausführungen betont er, dass bei Straßenbaumaßnahmen – seien es neue Maßnahmen oder auch Reparaturen – die Versorgungsträger bereits schon heute auf den Einbau von Leerrohren angesprochen würden. Er signalisiert Zustimmung seiner Fraktion, spricht sich aber gegen eine Finanzierung durch die Stadt aus.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

**Antragstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, bei allen künftigen städtischen Straßenbauvorhaben zu prüfen, ob die Verbauung eines Leerrohrs im Rahmen der Baumaßnahme möglich ist.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig dafür

**TOP 10 Erwerb von Anteilen der E.ON-Mitte; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 29.10.2013 (eingegangen am 29.10.2013)  
Vorlage: SPD/2013/0005**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft, 07.11.2013

**Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen .**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen, 12.11.2013

**Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen .**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vor.

Zunächst begründet Herr Stv. Werner Hesse (SPD) den Antrag seiner Fraktion. Er betont in seinen Ausführungen, dass die Thematik nicht neu sei, sondern die Stadt habe bereits umfangreich zu diesem Thema informiert. Im Vorfeld seien die Informationen über die Rahmenbedingungen an die kommunalen Mandatsträger geflossen. Eine komplette Rekommunalisierung werde erfolgen. Er geht hierbei auf die Konditionen ein. Er hebt noch einmal den zweiten Teil seines Antrags hervor, wonach die Stadtverordnetenversammlung frühestmöglich über die Möglichkeiten und Kosten eines solchen Erwerbs zu informieren sei, um dann einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Der Änderung durch den CDU-Antrag – das Wort „Risiken“ mit aufzunehmen – könne man sich anschließen. Er bittet um Zustimmung zum vorliegenden Antrag seiner Fraktion.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Berkei (CDU). Er geht hierbei auf seinen Vorredner ein, der in seinen Ausführungen bereits ausführlich informiert habe.

In seiner Stellungnahme hebt er die Möglichkeit zur kommunalen Einflussnahme, die sich durch eine solche Maßnahme wieder stärken sollte, hervor und begrüßt, dass das Thema Grundversorgung mit Strom wieder ein Stück weit aus dem Bereich der Konzernbeherrschung herauskomme und somit wieder den Weg in die öffentliche Hand finde. In seinen weiteren Ausführungen spricht er auch das Thema Rendite an; sollte die Entwicklung wie dargestellt so kommen, würde eine entsprechende Rendite auch den Kommunen im Rahmen ihrer Daseinsfürsorge zugutekommen.

Er geht hierbei auch noch mal auf mögliche Risiken ein, die nunmehr auch in den Hauptantrag mit aufgenommen würden. Somit könne man dem vorliegenden veränderten SPD-Antrag die Zustimmung erteilen.

Weiter spricht Herr Stv. Koch (FDP) zur Sache und geht hierbei auf die Entwicklung auf dem Strommarkt ein. Der Landkreis kaufe Anteile von E.ON, die E.ON nicht mehr haben möchte. Die Risiken könne heute keiner überblicken. Nach heutigem Kenntnisstand sei ein Erwerb von Anteilen nicht empfehlenswert, daher signalisiere man Ablehnung zum vorliegenden Antrag.

Herr Stv. Wieber (FDP) geht auf die Rentierlichkeit ein. Er warnt vor einer übereilten Entscheidung und signalisiert Ablehnung zum vorliegenden SPD-Antrag zum jetzigen Zeitpunkt.

Herr Stv. Feldpausch (B90/GRÜNE) weist darauf hin, dass man noch keine grundsätzliche Entscheidung treffe und geht auf seine Vorredner Koch und Wieber ein. Er signalisiert Zustimmung zum vorliegenden SPD-Antrag.

Herr Stv. Werner Hesse (SPD) weist noch einmal darauf hin, dass man heute hier keine Festlegung, sondern die Möglichkeit zum Erwerb von Anteilen prüfen wolle.

Herr Stv. Koch (FDP) geht noch einmal auf die gemachten Ausführungen zum Thema Abtransport von Atommüll des Herrn Stv. Feldpausch (B90/GRÜNE) ein. Er betont, dass der Abtransport von Atommüll gesetzlich geregelt gewesen sei.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Es folgt die Abstimmung zum vorliegenden SPD-Antrag mit der Änderung:

**Antragstext:**

Der Magistrat wird beauftragt, sich bei den Verhandlungen der Kommunen über einen Erwerb von Anteilen der E.ON-Mitte AG dafür einzusetzen, dass die Regelungen den Erwerb eines größtmöglichen Anteils für die Stadt Stadtallendorf zulassen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist frühestmöglich über die Möglichkeiten, **Risiken** und Kosten eines solchen Erwerbs zu informieren, um dann den Beschluss über Durchführung und Umfang des Erwerbs zu treffen.

**Abstimmungsergebnis:** 34 dafür (CDU, SPD, B90/GRÜNE, REP)  
2 dagegen (FDP)

Somit ist der Antrag angenommen.

**TOP       Anfragen gem. § 23 b GO**

**TOP 11   Feld-, Wirtschafts- und Radwege; Anfrage gem. § 23 b der GO der FDP-Fraktion vom 27.08.2013 (eingegangen am 27.08.2013)  
Antrag: 23b/0291/2013**

Die Anfrage wurde mit Schreiben vom 06.11.2013 durch den Magistrat beantwortet.

Herr Stv. Koch (FDP) gibt zum Sachverhalt eine umfangreiche Stellungnahme ab. Er regt an, künftig sich mit den zuständigen Gremien – u. a. auch den Ortsbeiräten – zu dieser Thematik zusammen zu setzen, um hier einen geeigneten Weg zur Lösung dieser Problematik zu finden.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

**Beratungsergebnis:**                   Zur Kenntnis genommen

**TOP 12   Mitteilungen**

Herr Bürgermeister Somogyi weist noch einmal auf die geplante Veranstaltung zum Volkstrauertag am Sonntag, dem 17.11.2013, hin. Er weist ferner darauf hin, dass man sich zunächst um 10:30 Uhr an der Stadtkirche treffe, um dann anschließend am Ehrenmal dieses Tages zu gedenken.

**TOP 13   Verschiedenes**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang bedankt sich für die rege Diskussion, wünsch einen guten Nachhauseweg und schließt die Sitzung.

**Der Vorsitzende**

**Der Schriftführer**

**Hans-Georg L a n g  
Stadtverordnetenvorsteher**

**Jürgen Breitenstein  
Dipl.Verw. (FH)**